

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/169

Bonn, den 5. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ----- Die Leitsätze im Regierungsprogramm der SPD Von Georg Leber, Bundesminister für Verkehr Mitglied des Präsidiums der SPD	87
3	Auf verlorenem Posten ----- Die Rolle der CDU-Sozialausschüsse	56
4	CDU/CSU und Hausfrauen-Rente ----- Selbst die Frauen in der Unionsfraktion kennen die Haltung ihrer Partei nicht	42
<u>Anhang</u>		
1 - 2	Auch Warschau ist eine Reise wert ----- Von Fritz Büttner, MdB Bundesvorsitzender des Deutschen Stenografenbundes e.V.	97

* * *

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

Die Leitsätze im Regierungsprogramm der SPD

Von Georg Leber,
Bundesminister für Verkehr

Für die SPD ist aktive Vermögenspolitik nichts Neues und nichts, was vor jeder Wahl deklamatorisch bekräftigt werden muß. Darum heißt es im SPD-Regierungsprogramm 1969:

- * "Damit jedermann am Wirtschaftswachstum teilhaben und Vermögen bilden kann, sind neben einer aktiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik und Maßnahmen zur Stärkung der Massenkaufkraft zusätzliche Regelungen erforderlich. Staatliche Sparförderung und Steuererleichterungen haben größere Möglichkeiten für die Tarifpartner zu schaffen, Lohn- und Einkommenspolitik auch als Vermögenspolitik zu betreiben. Günstige Sparmöglichkeiten müssen den Beziehern niedriger Einkommen geboten werden. Die freiwillige oder zwischen den Tarifpartnern zu vereinbarende Übertragung von Vermögensbestandteilen der Unternehmen auf die Arbeitnehmer ist durch steuerliche Maßnahmen voranzutreiben".

In dieser Forderung des SPD-Regierungsprogramms kommt klar zum Ausdruck, daß es für die Lösung vermögenspolitischer Aufgaben kein Patentrezept gibt. Es ist vielmehr ein Bündel gezielter Maßnahmen notwendig, um schrittweise dem Ziel einer breiteren Vermögensbildung näher zu kommen.

In jeder freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist das Privateigentum ein tragendes Element. Die Verbreiterung der Vermögensbasis zählt darum zu den vorrangigen politischen Aufgaben. Der Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik entsprechend kann diese Aufgabe aber nicht allein vom Staat wahrgenommen werden. Vermögen wird aus Einkommen gebildet. Über die Einkommensverteilung wird in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung vorwiegend an den Verhandlungstischen der autonomen Verbände entschieden. Die Bildung von Vermögen in Arbeitnehmerhand gehört darum auch zu den vorrangigen Aufgaben der Tarifpolitik.

Dabei wird mit der Tarifpolitik kein Neuland betreten. Seit 1965 gibt es Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen. Die Arbeitnehmer der Bauwirtschaft haben aufgrund dieser Verträge inzwischen für rund eine Milliarde DM Vermögen gebildet. Diese Ansätze gilt es zu verbreitern und die Möglichkeiten der Tarifverträge zu erweitern. Die SPD wird sich darum für eine Verbesserung des Zweiten Vermögensbildungsgesetzes einsetzen. Diese Verbesserung muß

- * 1. den Begünstigungsrahmen des Zweiten Vermögensbildungsgesetzes für Tarifvereinbarungen von 312 DM auf DM 624 erweitern.
- * 2. Die über DM 312 hinausgehende Begünstigung kann nur für vermögenswirksame Leistungen aus Tarifverträgen ausgeschöpft werden.
- * Lediglich Arbeitnehmer, die keinem Tarifbereich angehören, können auch die zweite Hälfte des Begünstigungsrahmens durch Betriebs-

- * vereinbarungen oder Einzelabreden ausschöpfen.
- * 3. Die vermögenswirksamen Leistungen müssen von Steuern und
- * Abgaben freigehalten werden. Sie können im Rahmen des Vermögens-
- * bildungsgesetzes angelegt werden.

Dieser Ausbau des Vermögensbildungsgesetzes, von dem wirksame Anreize auf die Tarifvertragsparteien zum Abschluß von vermögenswirksamen Tarifverträgen ausgehen dürften, ist durch eine gezielte Sparförderung und die Förderung neuer Beteiligungsformen zu ergänzen. Um mit der staatlichen Sparförderung wirksam auf die Vermögensverteilung Einfluß nehmen zu können, muß die Sparförderung dort ansetzen, wo das Sparen am schwersten fällt. Bei progressiver Besteuerung bedeutet jede Sparförderung durch Steuerfreiheit der gesparten Beträge eine Begünstigung der höheren Einkommen. Die bereits eingeführten Zusatzprämien für Einkommen bis zu einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 12.000 DM (Unverheiratete 6.000 DM) sind darum ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung der notwendigen grundlegenden Reform der Sparförderung.

Dieser Ansatz ist in der nächsten Legislaturperiode auszubauen.

Gleichzeitig sind neue Anlageformen und neue Beteiligungsmöglichkeiten zu fördern. Mittlere und kleinere Unternehmen brauchen neue Möglichkeiten der Kapitalaufstockung. Die Arbeitnehmer benötigen Zugang zu Beteiligungswerten. Hier bedarf es einiger rechtlicher und unternehmerischer Phantasie, um das Angebot für Vermögensanlagen reichhaltiger und für kleine Betriebe geeigneter zu gestalten.

Vermögenswirksame Tarifverträge, geeignete Beteiligungsformen und eine gezielte Sparförderung sind ein geeignetes Maßnahmenbündel, um schrittweise aber dauerhaft die Vermögensstruktur in der Bundesrepublik ändern zu können. Die damit angestrebte Verbreiterung der Vermögensbasis ist gesellschaftspolitisch notwendig, um die Integration der Arbeitnehmer in unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung zu ermöglichen und sie ist wachstumspolitisch notwendig, um den zunehmenden Investitionsbedarf ohne neue Verteilungsgerechtigkeiten befriedigen zu können.

Dieses Maßnahmenbündel entspricht unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung mehr als jede Form eines gesetzlichen Investivlohns. Es ist auch anzunehmen, daß der von Professor Burgbacher persönlich vorgelegte Plan, mit dem sich die CDU nicht identifiziert, lediglich einer von den vielen nie realisierten Plänen bleiben wird. Wenn es der CDU/CSU mit der Forderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ernst ist, so hat sie Gelegenheit, dies bei der von der SPD angestrebten Verbesserung des Vermögensbildungsgesetzes und der Sparförderung zu zeigen. Die Erfahrungen in vergangenen Legislaturperioden sprechen nicht für diesen Ernst. Wir können nur hoffen, daß es in der nächsten Legislaturperiode eine breite Mehrheit des Deutschen Bundestags in dieser wichtigen Frage gibt.

+ + +

Auf verlorenem Posten - Die Rolle der CDU-Sozialausschüsse

sp - Die Sozialausschüsse der CDU/CSU, eine Vereinigung katholischer und evangelischer Arbeitnehmer, stehen in ihrer Partei auf verlorenem Posten. Ihr Gewicht nimmt zusehends ab. Der CDU selbst dienen sie nur als Staffage und bei Bundestagswahlen als Aushängeschild. Dieses Schild glänzt nicht, es ist verrostet. Die Stimme des sozialen Gewissens, als die sich die von Bundesarbeitsminister Katzner geführten Sozialausschüsse gern bezeichnen, klingt, wenn überhaupt, kaum vernehmbar.

Kein geringerer als einer der Stellvertreter Katzners, Adolf Wolf hat daraus die Konsequenzen gezogen. Seinen Übertritt zur SPD kommt eine über den Tag hinausreichende Bedeutung zu, zeigt er doch die hoffnungslose Isolierung von redlichen Männern und Frauen in der Union, die es ernst meinen mit der Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates. In der CDU finden sie nicht das geeignete Betätigungsfeld und keine Möglichkeit, mit ihren Vorstellungen voranzukommen.

Albert Wolf gehörte zu den Gründungsmitgliedern der CDU. Er war bis 1957 Mitglied des Bundestages und auch viele Jahre tätig in den Organen der Europäischen Gemeinschaften. Mit wachsender Enttäuschung verfolgte er die Entwicklung der Union zu einer reinen Wirtschaftspartei hin, in der das soziale Element nichts oder nur sehr wenig bedeutet. In der gesellschaftspolitisch so bedeutsamen Frage einer gerechten Vermögensbildung stoßen die Sozialausschüsse in der eigenen Partei auf eine undurchdringliche Wand. Das Gleiche gilt für das Gebiet der erweiterten Mitbestimmung auf Großunternehmen außerhalb des Montanbereichs.

An gedanklicher Pionierarbeit fehlt es den Sozialausschüssen gewiß nicht. Ihre Theoretiker haben Ideen fast sozialrevolutionären Inhalts, doch diese Ideen schweben, auf die CDU bezogen, im luftleeren Raum, ihnen bleibt jede Wirkung versagt. So kann sich auch die CDU die Forderung ihrer Sozialausschüsse nach Aufhebung der Preisbindung nicht zu eigen machen, weil in ihr der Wirtschaftsrat den Ton angibt. Sein führender Repräsentant Schmücker, hat als seinerzeitiger Bundeswirtschaftsminister den wirtschaftlichen Rückschlag im Herbst 1966 - nach eigenen Angaben - bewußt herbeigeführt. Dieses frevelhafte Spiel mit der Existenzangst von hundertausenden von Menschen zeugt nicht gerade von sozialer Einstellung. - Albert Wolf beunruhigte auch das unsichere Verhalten der CDU zur gewerkschaftsfeindlichen NPD. Immerhin war die CDU bereit, die Stimmen der NPD-Wahlmänner für der CDU-Kandidaten Schröder bei der Wahl zum Bundespräsidenten am 5. März dieses Jahres in Berlin zu akzeptieren. Wo blieb da die demokratische Grundsatztreue? Opportunismus herrschte hier vor. Auch in Schleswig-Holstein wird er von CDU und NPD praktiziert.

Da gibt es noch den Fall des stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV, Hoffmann. Hoffmann, ebenfalls CDU-Mitglied, wird von der CDU in Stuttgart die Eintragung in ihre Mitgliederkartei verweigert. Sie will dies von einem klärenden Gespräch im Oktober, also nach den Bundestagswahlen, abhängig machen. Was soll dies bedeuten? Ist es für die CDU eine unzumutbare Belastung, wenn eines ihrer Mitglieder stellvertretender Vorsitzender einer großen Gewerkschaft ist?

Bundesarbeitsminister Katzner wirbt in seinen Versammlungen für eine absolute Mehrheit der CDU/CSU im kommenden Bundestag. Weiß er was er sagt und damit bewirken will? Eine absolute Mehrheit der Unionsparteien im 6. Deutschen Bundestag wäre der Stillstand jeder fortschrittlichen Sozialpolitik. Adolf Wolf, bisheriger stellvertretender Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, wählte den richtigen Weg. Bei den Sozialdemokraten befindet er sich in der Gesellschaft von Karpfgefährten.

CDU/CSU und Hausfrauen-Rente

Selbst die Frauen in der Unionsfraktion kennen die Haltung ihrer Partei nicht.

H.B. - Prof. Dr. Ernst Schellenberg, Sozialexperte der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses, hat bei der Beratung des 3. Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes seinen Vorschlag durchgesetzt, daß erneut berufstätig gewordene Frauen, die sich früher ihre Beiträge zur Angestellten- oder Mitarbeiterrentenversicherung anlässlich der Vermählung erstatten ließen, ihre Rentenansprüche durch Wiedereinzahlung entscheidend verbessern können. Prof. Schellenberg und die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag nannten diese Verbesserung von Anfang an einen "ersten Schritt zur Hausfrauenrente", lösten damit aber den energischen Widerspruch der CDU-Sozialpolitikerin Margot Kalinke aus.

Am vergangenen Wochenende aber hat die CSU-Abgeordnete Geisendörfer auf eine entsprechende Frage der "Welt am Sonntag" nicht nur die Frage beantwortet, ob es überhaupt eine Hausfrauenrente geben sollte, sondern sie bezeichnete das jetzt mögliche Nachentrichten von Beiträgen plötzlich auch als einen "ersten Schritt" in Richtung Hausfrauenrente. Als nächsten Schritt des Gesetzgebers sollte nach Ansicht der CSU-Abgeordneten "die Tätigkeit der Hausfrau in den Katalog der Beschäftigungen übernehmen, die einen Rentenanspruch begründen können."

Was Frau Geisendörfer aus München offensichtlich nicht wußte, war dies: Der Vorsitzende des Sozialpolitischen Arbeitskreises der Unionsparteien, der Abgeordnete Dr. Götz, hatte bei der Bekanntgabe des sogenannten Sozialpolitischen Schwerpunktprogramms der CDU/CSU der Hausfrauenrente eine eindeutige Absage erteilt und zwei Tage vor Frau Geisendörfer hatte die Fraktionskollegin Kalinke in der "Frankfurter Allgemeinen" daran erinnert, daß die CDU/CSU vor den Auswirkungen der Hausfrauenrente "schon seit langem gewarnt habe, während die SPD sie noch in ihrem Regierungsprogramm proklamiere".

Wem sollen nun jene Millionen Frauen vertrauen, die sich von der Hausfrauenrente oder von wichtigen Schritten in diese Richtung eine bessere Altersversorgung versprechen? Aber Widersprüche gehören eben bei der CDU/CSU nachgerade zur Tagesordnung: Die Sozialausschüsse fordern die Aufhebung der Preisbindung, die Unionsfraktion verlangt kategorisch ihre Beibehaltung, Prof. Burgbacher (CDU) verkündet einen Plan zur Vermögensbildung, den der Wirtschaftsflügel einschließlich der bayrischen CSU bekämpfen wollen, der linke Flügel der Union tritt für die Aufwertung der D-Mark ein, die die Regierungsmehrheit einschließlich des "linken" Flügelobmanns Katzer aus parteiegoistischen Gründen verhindert hat.

Die Antwort auf diese Politik der Widersprüchlichkeiten können am 28. September die Wählerinnen und Wähler in der gebührenden Weise geben.

+ +

FEHLANZEIGE

JAHRGANG

24

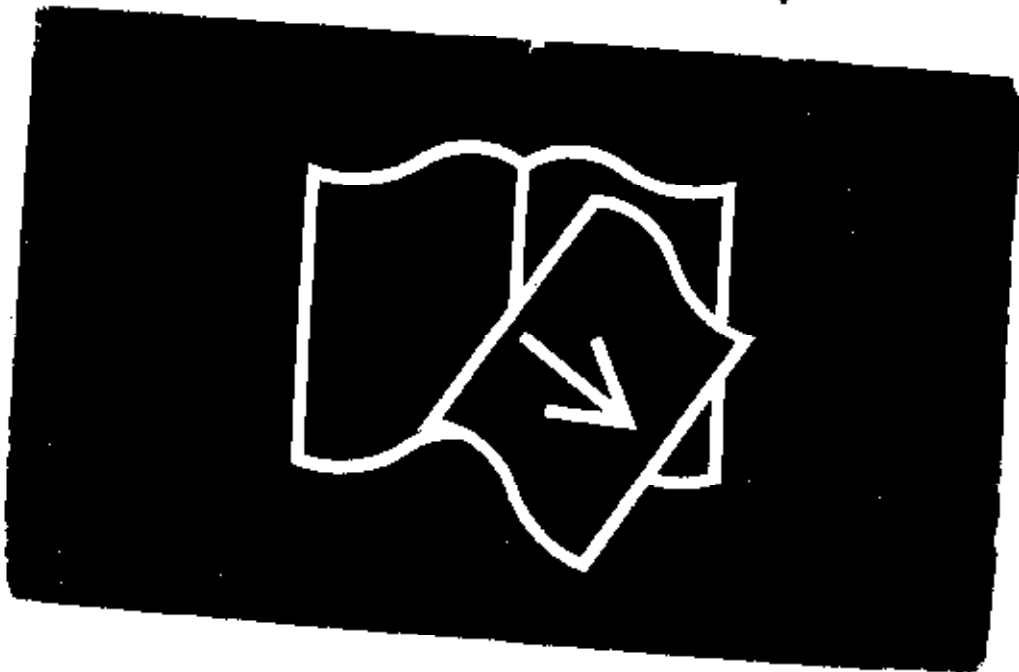
ZEITUNGSNUMMER

169

DATUM

05. 09. 1969

Seite 5 fehlt ✓



Auch Warschau ist eine Reise wert

Von Fritz Büttner, MdB

Bundesvorsitzender des Deutschen Stenografenbundes e.V.

80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landesgruppe der Bundesrepublik führen im vergangenen Monat nach Warschau, um am 28. Interstenokongreß teilzunehmen. Diese Kongresse stellen die Weltolympiade der schnellen Finger dar. Sie finden alle zwei Jahre statt. 1961 waren wir in Wiesbaden, 1963 in Prag, 1965 in Paris, 1967 in Bern, in diesem Jahre in Warschau und 1971 ist Brüssel die Kongreßstadt. Neben der Austragung der Weltmeisterschaft im Maschinenschreiben werden die Meisterschaften in Kurzschrift ausgetragen. Die Bundesrepublik stellt seit dem Kriege ununterbrochen die Weltmeisterin im Schnell-schreiben. Zum 4. Male heißt sie Sigrid Lude aus Stuttgart, die in Warschau 30 Minuten lang 716,6 Anschläge je Minute schaffte. An Meisternachwuchs fehlt es uns nicht. Unsere Landesgruppe stellte 5 von 7 jugendlichen Schreiberinnen, die sich am Wettbewerb erfolgreich beteiligten. Der deutsche Meister in Kurzschrift vom Jahre 1968, Hermann Knapp aus Osnabruck, erreichte fast fehlerfrei nach internationalen Bedingungen 450 Silben in der Minute. Weltjugendbester in allen Sprachengruppen wurde Josef Hryczvk aus Frankfurt, der ebenfalls die respektable Leistung von 450 Silben erbrachte.

Ich erwähne diese Leistungen, um einmal zu verdeutlichen, welche Arbeit der Deutsche Stenografenbund und die Landesgruppe in der Intersteno für Parlamente, Industrie, Handel, Rundfunk, Fernsehen, Presse und jedes Büro durch die Zurverfügungstellung guter Kräfte leisten. Ohne Breitenarbeit in den Stenografenvereinen zum Segen der Volkswirtschaft gäbe es auch keine Spitzenleistungen bei Kongressen und Stenografentagungen. Deshalb finde ich es töricht, daß Länder und Gemeinden diese vom Idealismus seiner Mitglieder getragenen Vereine bei der öffentlichen Förderung ausschließen. Es mögen sich die betroffenen fühlen, die hierfür verantwortlich zeichnen.

Aber neben den Leistungswettbewerben werden Fachvorträge gehalten. Der Arbeitsmediziner Dr. Milde vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung sprach in Warschau zum Thema: Die arbeitsmedizinischen und arbeitspsychologischen Probleme der schreibenden Kräfte. Sein Vortrag fand besonderen Anklang bei den Vertretern und Fachleuten des Auslandes.

So gesehen war Warschau wegen der erzielten Erfolge schon eine Reise wert.

Abbau von Voreingenommenheiten

Aber unsere Kongresse sind nicht nur eine Leistungsschau. Sie sind und sollten es immer sein, ein Beitrag zum Abbau von Voreingenommenheiten nicht nur gegen uns aus der Bundesrepublik. Offizielle Empfänge beim Ministerrat, beim Rektor der Universität, bei der polnischen Stenografenschaft, Stadtrundfahrten mit nicht immer frei von Polemik gegebenen Erläuterungen, Besuch des Geburtshauses von Chopin, Weichsel-fahrten, ein deutscher Abend auf unsere Einladung im Kulturpalast, das Zusammensein besonders unserer jugendlichen Mitglieder mit denen aus

dem anderen Teile Deutschlands - offiziell war es nicht erwünscht - all das hat dazu beigetragen klarzumachen, daß wir aus der Bundesrepublik nichts unversucht lassen, in der Vergangenheit geschlagene Wunden endgültig vernarben zu lassen und das anzuerkennen, was Warschau und Polen nach dem Kriege wieder aufgebaut haben.

Es ist üblich, daß die 23 Landesgruppenpräsidenten, so weit sie vertreten sind, zur Eröffnung der Kongresse eine Ansprache halten. Ich hatte es nie einfach, weil ich in alphabetischer Reihenfolge erst zum Schluß an der Reihe bin. Ich kann nie eine Rede vorbereiten und ablesen, weil ich ja, wenn nötig, und in Warschau war es so, auf das eingehen muß, was meine Vorredner gesagt haben und um Wiederholungen zu vermeiden. Die Bundesrepublik hat nicht bei allen Begrüßungsansprachen gut abgeschnitten, weil die Vertreter einiger weniger Ostblockstaaten "amtlich" reden mußten.

Ich habe in meinem Grußwort, das ich ohne Konzept gesprochen habe, aber im Stenogramm aufgenommen worden ist, nachdem ich einleitend auf die Einreiseschwierigkeiten hingewiesen hatte, folgendes ausgeführt:

"Haß ist im Leben der Völker noch nie ein guter Ratgeber gewesen. Ich darf im Namen der größten Landesgruppe in der Intersteno die Versicherung abgeben, daß meine Landesgruppe, die 80% jugendliche Mitglieder hat, von den 20% der älteren in der Liebe zu den Völkern im Sinne einer echten Völkerfreundschaft erzogen wird. Wir als Landesgruppe Deutschland hatten uns eines geschworen: Wir wollen in das No-saikfriedensbild, das wir uns vorstellen, Steinchen auf Steinchen einsetzen. Denn die Völker wollen Frieden. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten, dazu und in diesem Geiste sind wir nach Polen gekommen, um unter Beweis zu stellen, daß dies unser ernster Wille ist."

Meine Höflichkeitsbesuche auf Bitten der Industrie- und Handelskammern bei unserer Handelsvertretung und bei der Außenhandelskammer der Polen haben mich in dem Gefühl bestärkt, daß die Polen durchaus willens und in der Lage sind, die Handelsbeziehungen zu vertiefen und zu steigern. Aber im Leben der Völker kommt es ja nicht nur auf die Handelsbeziehungen an, es muß mehr sein. Es muß hinzukommen, die Achtung voreinander. Es müssen Ressentiments, die aus der Geschichte begründet sind, abgebaut werden. Hier besteht für jeden, der nach Polen oder in das sonstige Ausland reist, eine Verpflichtung, aufklärend zu wirken. Auf meine konkrete Frage, was zur Verbesserung des Klimas beitragen könnte, erhielt ich von einem, der es wissen muß, die Antwort: "Schickt mehr Jugendliche nach Polen". Der Mann hat nicht unrecht. In vielen Gesprächen haben alle Teilnehmer feststellen können, daß alter Haß begraben ist und daß Restbestände eines solchen Hasses begraben werden können, wenn wir uns gemeinsam für dieses Ziel einsetzen. Denn die Völker wollen Frieden!

Auch so gesehen, war Warschau eine Reise wert.

Der Eindruck, den oft deutschsprechende Polen durch ihre Freundlichkeit auf uns gemacht haben, die Art, wie wir überall behandelt wurden, der großartige Aufbau der Stadt Warschau, die guten Ergebnisse, die wir erzielen konnten, werden uns noch lange in Erinnerung bleiben. Es gilt, die angebahnten Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht auszubauen, zu vertiefen und dabei daran zu denken, daß im Mittelpunkt des Geschehens der Mensch steht, dem wir den Frieden sichern wollen.